

Antrag 502/I/2025
Abteilung 07/04 Lichtenrade-Marienfelde

Empfehlung der Antragskommission
Erledigt durch 283/I/2025 (Konsens)

Keine Ausgliederung der landeseigenen Theater und des Konzerthauses

1 Angesichts der aktuell diskutierten Pläne, die landeseigenen Bühnen in eine neue Rechtsform zu überführen, fordern wir den Senat von Berlin und die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhaus von Berlin auf, sich entschieden gegen die Pläne zur Ausgliederung der landeseigenen Berliner Theater einzusetzen.

7

8 Eine solche Ausgliederung sowohl in eine gGmbH als auch 9 in eine Stiftung hätte gravierende Auswirkungen auf die 10 Beschäftigten. Es würden Tarifflucht und Stellenabbau vor 11 allem das Herauslösen von Angestellten aus den Tarifverträgen des öffentlichen Dienstes drohen.

13

14 Verschlechterungen bei den Arbeitsbedingungen der 15 rund 1.100 Mitarbeitenden die nach dem Tarifvertrag des 16 öffentlichen Dienstes der Länder beschäftigt sind, sind 17 nicht zu akzeptieren.

18

19 Darüber hinaus sehen wir keine nachvollziehbaren Einsparpotenziale durch eine Ausgliederung. Stattdessen besteht die Gefahr, dass die Berliner Theaterlandschaft zunehmend einer Kommerzialisierung unterworfen wird, was die künstlerische Freiheit und Vielfalt massiv gefährden würde.

25

Begründung

27 Die Senatorin für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, Kulturstatssekretärin, Sarah Wedel-Wilson, 29 und der Regierende Bürgermeister, Kai Wegner, arbeiten 30 vor dem Hintergrund der dramatischen Sparmaßnahmen 31 an einem Plan zur Überführung der LHO Theater und 32 des Konzerthauses in Einrichtungen privater Rechtsform. 33 Auch Fusionen von Werkstätten, Shared Services oder 34 ganzer Häuser sind nicht ausgeschlossen. Als Reaktion 35 auf die Gespräche mit den jeweiligen Häusern hat es 36 inzwischen eine Personalversammlung der von den 37 Planungen betroffenen Bühnen - Volksbühne, Gorki 38 Theater, Deutsches Theater, Theater an der Parkaue 39 und Konzerthaus - gegeben. Die Beschäftigten haben 40 sich dort deutlich gegen eine Änderung der Rechtsform 41 ausgesprochen.

42

43 Die SPD steht an der Seite der Beschäftigten der Berliner Theater, die täglich einen unschätzbar Beitrag 45 zur kulturellen Vielfalt der Stadt leisten – ihre Arbeitsplätze und sozialen Standards dürfen nicht leichtfertig auf Spiel gesetzt werden. Statt einer Verschiebung von Verantwortung und einer potenziellen Verschlechterung der 49 Arbeitsbedingungen braucht es eine nachhaltige Finan-

50 zierung und Stärkung der Theater und Bühnen in Berlin.
51 Deshalb lehnen wie eine Privatisierung ab und erwarten,
52 dass die zuständigen Personalräte sowie der Hauptper-
53 sonalrat in jegliche Überlegungen zu strukturellen Verän-
54 derungen unverzüglich mit einbezogen werden.Das sieht
55 auch das Berliner Personalvertretungsgesetz vor.